

## Am 25. November setzen wir Vidanerinnen wieder ein Zeichen zum Internationalen Tag "NEIN zu Gewalt an Frauen!" (Newsletter 101)

Am 25. November 1960 wurden drei Schwestern namens Miraba, in der Dominikanischen Republik vom militärischen Geheimdienst nach monatelanger Folter getötet. Sie waren im Untergrund tätig und beteiligten sich an aktiv gegen den Diktator Trujillo. Der Mut der Miraba-Schwester bei ihrem Kampf gegen den Tyrannen gilt inzwischen als Symbol für Frauen weltweit, die nötige Kraft für das Eintreten gegen jegliches Unrecht zu entwickeln. 1981 wird der 25. November ein internationaler Gedenktag. Von der UNO wurde dieser Aktions- und Gedenktag 1990 offiziell anerkannt, seit 1999 ist der 25. November auch von den Vereinten Nationen als offizieller internationaler Gedenktag bestätigt.

Mit dem 25. November werden weltweit die „16 Tage gegen die Gewalt“ eingeleitet, die am 10. Dezember, dem internationalen Tag der Menschenrechte, enden.

Gewalt an Frauen ist leider immer noch allgegenwärtig. Jede dritte Frau in Europa erfährt mindestens einmal im Leben körperliche oder sexualisierte Gewalt. Doch unabhängig, ob es um einen sexuellen Übergriff am Arbeitsplatz, weibliche Genitalverstümmelung, Verbrechen im Namen der sog. Ehre, Frauenhandel, Prostitution, Zwangsverheiratung oder häusliche Gewalt geht, wir können und dürfen Gewalt an Frauen nicht länger hinnehmen!



**GEWALT AN FRAUEN:  
SCHLUSS DAMIT!**

Irene ist Krankenschwester. Völlig überraschend hat sie ein Patient beschimpft, bespuckt und gekratzt.  
STOPP DER GEWALT – Keine Toleranz gegenüber GewalttäterInnen!

Bereits seit vielen Jahren beteiligt sich die vida-Frauenabteilung an diesem Gedenktag und setzt auch hierzu Zeichen. Denn Gewalt ist die Quelle des Leidens, die Verachtung der Gerechtigkeit und der Motor der Diktaturen! Heuer posten wir von 25.11. bis 10.12. täglich Gründe gegen Gewalt an Frauen.

Mehr als 50 europäische Gewerkschaftsführerinnen, darunter ÖGB-Vizepräsidentin Korinna Schumann, rufen die EU-

Kommission auf, den Schutz von Frauen vor Gewalt zu verbessern. In einem Brief anlässlich des Tages gegen Gewalt an Frauen am Montag fordern sie unter anderem die Ratifizierung der Konvention von Istanbul des Europarates.

Das Übereinkommen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt wurde von der EU im Juni 2017 unterzeichnet, jedoch von Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Litauen, Lettland, der Slowakei und Großbritannien noch nicht ratifiziert. Auch das Europaparlament will am Montag in Straßburg die säumigen EU-Länder zu einer unverzüglichen Ratifizierung auffordern und am Donnerstag über eine entsprechende Entschließung abstimmen.

**Rückfragehinweis:**

vida Frauen >>> Tel.: 01-53 444/DW 79 032 >>> [frauen@vida.at](mailto:frauen@vida.at)

Gewerkschaften und Arbeitgeber spielen den Unterzeichnerinnen zufolge eine wichtige Rolle bei der Prävention von Gewalt gegen Frauen am Arbeitsplatz, in dem sie Möglichkeiten schaffen, Fälle zu melden, Opfer unterstützen und Wege zu finden, wie mit den Tätern umzugehen ist. "Viele Frauen erleiden am Arbeitsplatz täglich Missbrauch und haben oft zu große Angst, diesen anzuzeigen", so Esther Lynch, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes ETUC. 63 Prozent der Frauen, die europaweit in der Transportbranche arbeiten, haben laut dem Europäischen Gewerkschaftsbund in der jüngsten Vergangenheit zumindest einmal Gewalt erfahren.



Die Gewerkschafterinnen setzen sich außerdem dafür ein, dass Gewalt gegen Frauen der Liste jener Verbrechen hinzugefügt, zu deren Bekämpfung nach Ansicht des Rates der Europäischen Union die Zusammenarbeit der europäischen Staaten notwendig ist. Dazu gehören unter anderem Terrorismus, Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern, illegaler Drogen- und Waffenhandel, Geldwäsche, Korruption, Computerkriminalität und organisierte Kriminalität.

Wir wollen, dass Frauen und Mädchen sicher, selbstbestimmt und unabhängig leben können - frei von Gewalt und Angst“, sagt Korinna Schumann, ÖGB-Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende, anlässlich der internationalen Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“. Dafür brauchen Frauen gute Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten und ein gesichertes Einkommen, von dem man leben kann. „Denn nur jemand, der finanziell unabhängig ist, kann Gewalt und Aggressionen entkommen.“ Und auch aus diesem Grund fordern die ÖGB-Frauen einen kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1.700 Euro brutto. In Österreich sind 69 Prozent der Frauen berufstätig, ihre Unabhängigkeit ist dadurch aber nicht unbedingt garantiert. „Aufgrund von Betreuungspflichten – sei es für die Kinder oder für pflegebedürftige Angehörige – arbeiten die meisten in

Teilzeit. „Viele müssen ihren Job sogar gänzlich aufgeben, besonders für gewaltbetroffene Frauen ist das fatal. Ein niedriges oder gar kein Einkommen erschwert es ihnen, gegen Gewalt vorzugehen und der Gewaltsituation zu entkommen“, betont Schumann.

Neben einem gesicherten Einkommen brauchen Frauen in Notsituationen, wie etwa Gewalt, Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Mobbing, geeignete Anlaufstellen und Beratungsmöglichkeiten. „Ganze 20 Prozent der Frauen in Österreich sind körperlicher und/oder sexueller Gewalt ausgesetzt. Diese Zahlen sind ein klarer Auftrag an die künftige Regierung, ausreichend finanzielle Mittel für einen weiteren Ausbau der Frauenhäuser, Gewaltschutzzentren und Frauenberatungsstellen zur Verfügung zu stellen. Frauen dürfen mit ihren Sorgen und Ängsten nicht allein gelassen werden“, so Schumann abschließend.

**Rückfragehinweis:**

vida Frauen >>> Tel.: 01-53 444/DW 79 032 >>> [frauen@vida.at](mailto:frauen@vida.at)